

## **Ampel-Koalition zerbricht: Nehammer unter Beschuss nach NEOS-Rückzug!**

Ampelkoalition gescheitert: NEOS ziehen sich aus Verhandlungen zurück. Nehammer kritisiert radikale Kräfte und fordert Stabilität.

**Wien, Österreich** - Der Machtkampf in der österreichischen Politik erreicht einen neuen Höhepunkt. Nach nur knapp 100 Tagen ist der Versuch, eine Koalition zwischen NEOS, ÖVP und SPÖ zu schmieden, spektakulär gescheitert. Wie **Heute** berichtet, haben sich die NEOS unter der Führung von Beate Meinl-Reisinger aus den Verhandlungen zurückgezogen. In einem emotionalen Statement bedankte sie sich zwar bei Kanzler Karl Nehammer, ließ jedoch Andreas Babler kalt. Der Austritt wurde von der FPÖ als „politische Missgeburt“ bezeichnet, wobei Generalsekretär Michael Schnedlitz den ÖVP-Chef beschuldigte, nur seine eigene Kanzlerschaft zu sichern, ohne die Bedenken ernst zu nehmen.

Kanzler Karl Nehammer sieht die Situation differenzierter. In einer Pressekonferenz, wie **Die Presse** berichtet, betonte er, dass die „radikalen Kräfte“ sich selbst aus dem Spiel genommen hätten. Während die Sondierungsgespräche mit der SPÖ am Freitag begannen, zeigt sich Nehammer besorgt über eine geplante Demonstration am 9. November. Diese soll gegen eine Koalition ohne die FPÖ stattfinden und wird von ihm als „ungeheuerliche Provokation“ objektiviert, da sie auf einen historischen Tag anspielt, der den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet ist.

### **Der Aufruf zur Einheit**

Nehammer wurde mit der Regierungsbildung beauftragt und versucht nun, Stabilität in die Regierung zurückzubringen. Er will sich mit allen Parteien auseinandersetzen, auch mit jenen, die ihm bei der Wahl kein Vertrauen schenken. Die Kritik an der FPÖ und deren Aktionen wird dabei lauter, von Seiten der SPÖ und Grünen kam ebenfalls harsche Kritik zur geplanten Demo, die als Versuch gewertet wird, Spannungen in der Gesellschaft zu schüren. Dabei betont Nehammer, dass Österreich eine stabile Regierung benötigt, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und appelliert an die politischen Mitbewerber, Verantwortung zu übernehmen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Wien, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.heute.at">www.heute.at</a></li><li>• <a href="http://www.diepresse.com">www.diepresse.com</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**